

Regierungserklärung

**Regierungserklärung anlässlich der aussenpolitischen Debatte im Reichstag
am 7. Februar 2001**

Nicht offizielle Übersetzung, Änderungen vorbehalten

Frau Präsidentin!

"Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."

So steht es in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen. Danach richtet sich unser Bestreben.

Die Wahrung der Würde, Freiheit und Geborgenheit des einzelnen Menschen ist unsere Aufgabe.

Diese Aufgabe erscheint heute ganz besonders wichtig. In einer von globaler Wirtschaft, Information und Mobilität geprägten Zeit benötigen wir mehr als je eine gemeinsame Wertgrundlage, die Zivilisationen und Menschen miteinander verbindet.

Es handelt sich darum, die weltumspannende Wirtschaft mit weltumspannenden Spielregeln auszustatten, die gerechte Bedingungen für alle einräumen. Es handelt sich darum, ein Gleichgewicht zwischen den grenzenlosen Märkten und den grenzenlosen Werten herzustellen, das auf Demokratie und Menschenrechten aufbaut. Es handelt sich darum, in der größeren Mobilität der Menschen die Möglichkeiten zu erkennen, und nicht die Bedrohung. Es handelt sich auch um die Bekämpfung der Armut.

Schwedens gesamte Außenpolitik will für diese Ziele wirken.

Diese ganzheitliche Perspektive dient auch als Ausgangspunkt für den Bericht "Eine gerechtere Globalisierung" und für die parlamentarische Untersuchungskommission, die im Herbst ihren Bericht über eine gesammelte schwedische Politik für die globale Entwicklung vorlegen wird.

Die Regierung wird diese Fragen in der EU, in den Vereinten Nationen, in der Welthandelsorganisation (WTO) und der Weltbank zielbewusst vorantreiben. Alle Nationen und Foren müssen zusammenarbeiten, um die positiven Möglichkeiten der Globalisierung zu entwickeln, und dem Entstehen neuer und tieferer Kluften entgegenzuwirken.

Die EU ist das wichtigste Instrument für Schweden. Die Union spielt heute auf der außen- und sicherheitspolitischen Ebene eine zentrale Rolle.

Schweden hat nun zum ersten Mal den Vorsitz der EU inne. Unsere Aufgabe ist es, im Interesse der gesamten Union die Arbeit weiterzuführen und die EU nach außen zu vertreten.

Unsere Präsidentschaft erfolgt in einer Zeit der großen Herausforderungen für die EU: Bekämpfung der Umweltzerstörung. Vollbeschäftigung als Ziel. Verstärktes Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit. Viele dieser Fragen sind von unmittelbarer Bedeutung für die Bürger und zeigen die Zusammenhänge zwischen Innen- und Außenpolitik.

Die Erweiterung stellt die größte Herausforderung von allen dar. Kein anderes Thema ist für die Zukunft der EU und die Entwicklung Europas von ähnlich großer Tragweite. Die Erweiterung ebnet uns den Weg zu Freiheit, Demokratie und Wohlstand in ganz Europa. Sie vereint Osteuropa mit Westeuropa. Sie verleiht uns eine noch stärkere Stimme in der Welt, um für unsere gemeinsamen Werte eintreten zu können.

Unser vorrangiges Ziel ist die Erweiterung – und der Frieden. Wir wollen uns für einen politischen Durchbruch bei den Verhandlungen und für eine gerechte Behandlung aller Kandidatenländer einsetzen. Das zur Fortsetzung der Arbeit aufgestellte Programm genießt breite Unterstützung in der EU und der Vertrag von Nizza verleiht uns die notwendige institutionelle Grundlage. Wir stützen voll und ganz die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Nizza, wonach die ersten neuen Mitglieder Ende des Jahres 2002 in die EU aufgenommen werden können.

Unser vorrangiges Ziel sind Arbeitsplätze – und Wachstum. Auf dem Gipfel des Europäischen Rates von Stockholm werden wir den Weg für eine EU vorgeben, die sich durch eine starke Volkswirtschaft und Vollbeschäftigung auszeichnet. Dazu bedarf es nicht nur Wirtschaftsreformen und unterstützender Maßnahmen zur Unternehmensgründung. Wir müssen uns auch mit der Problematik einer immer älteren und zahlenmäßig rückläufigen Arbeitnehmerschaft in der EU auseinandersetzen und eine auf Wissen basierende Gesellschaft aufbauen, in der alle ihren Platz haben und gleichberechtigt sind. Eine Gesellschaft, die in einer globalen Wirtschaft als Modell für andere dienen kann.

Unser vorrangiges Ziel ist die Umwelt – und die Zukunft. Auf dem Gipfel des Europäischen Rates von Göteborg werden wir eine Strategie zu nachhaltiger Entwicklung verabschieden. Klima und Chemikalien gehören zu den wichtigsten Prioritäten. Hierdurch erhält die EU auch eine Plattform für ihre Umweltarbeit auf globaler Ebene.

Die EU der Zukunft muss eine Union für alle Bürger sein, in der Entscheidungen nachvollzogen und beeinflusst werden können. Schweden will sich dafür stark machen. Deshalb begrüßen wir den Auftrag von Nizza, eine gesamteuropäische Debatte über die Zukunft der EU zu führen. In Zusammenarbeit mit Belgien und der Kommission und unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments bereiten wir nun verschiedene Initiativen vor. Wir hoffen, möglichst viele Menschen in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern in die Diskussion einbinden zu können. Die nationalen Parlamente werden bei dieser Diskussion eine zentrale Rolle spielen.

Die EU der Zukunft muss auch eine Union für die Verbraucher sein, geprägt von höherer Lebensmittelsicherheit, besserem Verbraucherschutz und einem voll entfaltenen Binnenmarkt.

Der Euro soll von Erfolg gekrönt sein. Für einen reibungslosen Ablauf der Einführung von Banknoten und Münzen soll gesorgt werden. Die Frage einer schwedischen Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion wird dem schwedischen Volk unterbreitet werden.

Schweden strebt eine humane und solidarische Asyl- und Migrationspolitik in der EU an, mit einer besseren Aufteilung der Verantwortung unter den Mitgliedstaaten. Unser Ziel ist ein Europa, das sich der Umwelt gegenüber offen zeigt.

Wir werden diese und andere Fragen auch im Interesse der gesamten Union mit Kraft vorantreiben.

Frau Präsidentin!

Schweden führt jetzt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU an. Diese hat sich immer mehr zu einem zentralen Punkt der europäischen Zusammenarbeit herauskristallisiert. Die Tatsache, dass 15 Länder die gleiche Botschaft und die gleichen Maßnahmen vertreten und stützen, verleiht der EU Stärke und Durchsetzungsvermögen.

Eine wichtige Maßnahme ist das Erlangen von mehr Übereinstimmung beim Agieren der EU gegenüber Dritten.

Das neue, zwischen der EU und 77 Entwicklungsländern geschlossene Cotonou-Übereinkommen kann als Beispiel dienen. Hier wird der Dialog über Demokratie und Menschenrechte mit Gleichstellungsarbeit, Umweltschutz und regionaler Handelsförderung integriert – zur Bekämpfung der Armut und zur Schaffung einer Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung.

Daran wollen wir weiter arbeiten.

Wir wollen auch weiter arbeiten an der Tatsache, dass die EU heute als einer der allerersten Verfechter von Demokratie und Menschenrechten in der internationalen Gemeinschaft auftritt. Dies zeigt sich deutlich an den von der EU an die Beitrittskandidaten, beispielsweise die Türkei, gestellten Forderungen. Dies zeigt sich auch im Dialog der Union mit Drittstaaten und in unserer gemeinsamen Arbeit in den Vereinten Nationen, im Europarat und in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Das Eintreten für Demokratie und Menschenrechte ist und bleibt ein Eckpfeiler der schwedischen Außenpolitik.

Das neue Jahrhundert hat wichtige Errungenschaften für die Menschenrechte gebracht. Ein internationaler Gerichtshof für Kriminalität wird nun endlich eingerichtet, die nationalen Gerichtshöfe bringen immer häufiger die Täter vor Gericht.

Doch es bleibt noch viel zu tun.

Dazu gehört die Bekämpfung der Todesstrafe. Während die meisten Länder sich in Richtung Abschaffung der Todesstrafe bewegen, halten Länder wie China, die USA und Saudi-Arabien an dieser unmenschlichen Strafe fest.

Dazu gehört die Bekämpfung der Folter. Die Regierungen der Welt mißachten weiterhin das Verbot gegen diesen grausamen Gewaltakt. Als Vorsitzender der EU werden wir die Gegenoffensive der Union intensivieren.

Dazu gehört auch die Bekämpfung des Menschenhandels, vor allem des mit Frauen und Kindern betriebenen Handels. Viele Regierungen müssen sich noch stärker für die Bekämpfung dieser neuen Art des Sklavenhandels einsetzen.

Die Demokratie gewinnt weltweit immer mehr an Boden. Der Machtwechsel in der Bundesrepublik Jugoslawien ist ein besonders erfreuliches Beispiel. Gleichzeitig setzt die politische Unterdrückung in Ländern wie Kuba, Irak und Weißrussland fort.

Schweden und die EU werden sich auch weiterhin für die Menschenrechte einsetzen.

Die Genfer Konvention über die Rechte der Flüchtlinge jährt sich in diesem Jahr zum 50. Mal. Der Bedarf einer internationalen Stärkung des Asylrechts wird in den Vordergrund gerückt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass mehr Länder Verantwortung gegenüber Flüchtlingen und anderen Schutzbedürftigen übernehmen.

Der Handel ist ein Instrument der Zusammenarbeit und kann damit die Gerechtigkeit fördern.

Deshalb müssen mehr Staaten ihre Grenzen für Handel und Investitionen öffnen. Die reichen Länder tragen hierbei eine besondere Verantwortung. Schweden wird sich dafür einsetzen, dass die EU baldmöglichst die Zollfreiheit für die 48 ärmsten Länder der Welt einführt.

Der Welthandel muss auf gerechten Spielregeln bauen. Deshalb will Schweden für eine neue WTO-Runde eintreten und die Interessen der Entwicklungsländer unterstützen. Unser Ziel ist die Ausarbeitung eines Regelwerks, das den Welthandel für alle möglich macht. Die Handelsbestimmungen müssen im Einklang mit den internationalen Umweltübereinkommen stehen. Die WTO sollte auch für die Förderung der Menschenrechte in der Arbeitswelt eintreten.

Schweden setzt sich dafür ein, dass die WTO neue Mitglieder erhält. Wir unterstützen den Antrag Chinas. Ein Beitritt zur WTO wird ein positiver Zug im Reformprozess des Landes. Wir unterstützen auch die Bemühungen Russlands, in die Weltwirtschaft und die WTO aufgenommen zu werden.

Schweden soll in der internationalisierten Wirtschaft stark dastehen. Wir müssen uns deshalb ständig für mehr Wettbewerb in Schweden und auf den Märkten im Ausland einsetzen. Ein Beitrag hierzu ist die vertiefte Förderung von Handel und Investitionen mit Schwergewicht auf Branchen wie IT und Biotechnologie. Die Regierung setzt sich

auch zielstrebig für die Exportförderung ein und wird im Laufe des Frühjahrs einen Entwurf über den Außenwirtschaftsrat vorlegen.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist ein Instrument zur Förderung von Menschenrechten und Demokratie.

Die EU leistet weltweit den größten Anteil an Entwicklungshilfe. Diese Ressourcen müssen effizient und zweckgebunden eingesetzt werden. Schweden setzt sich dafür ein, dass die EU ein Verfechter von Solidarität und Gerechtigkeit, sowie ein tatkräftiges Instrument zur Bekämpfung der Armut ist. Ziel ist die Halbierung der Armut der Welt bis zum Jahre 2015 – ein Ziel, das von den Regierungen der Welt unterstützt wird.

Die Regierung möchte nicht nur die Ressourcen der Armen anheben, sondern auch deren Einfluss und Handlungsspielraum. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit soll für Menschenrechte, Demokratie, Wachstum und gerechte Verteilung von Macht und Ressourcen wirken.

Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die EU auf allen im Auftrag der Vereinten Nationen in diesem Jahr stattfindenden Konferenzen und Tagungen eine konstruktive Rolle spielt. Sie dienen alle einem gemeinsamen Ziel; Bekämpfung der Armut und Aufbau von Strukturen und Partnerschaften für eine langfristige Wirtschaftsentwicklung, die den armen Frauen, Männern und Kindern zugute kommen. Dies ist ein wichtiger Schritt in der Erfüllung volkswirtschaftlicher und sozialer Rechte.

Die von Schweden geleistete Entwicklungshilfe steigt rasch an, bedingt durch das Wachstum in Schweden sowie durch den höheren Anteil am BIP. Die Absicht der Regierung, das Ein-Prozent-Ziel zu erreichen, steht fest.

Die aufgestockten Mittel sollen unter anderem zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie zum Schuldennachlass und zur Bekämpfung von HIV/Aids eingesetzt werden. Wir wollen auch den Zugang der armen Bevölkerung zu IT fördern, die regionale Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern stützen und die konfliktvorbeugende Rolle der Entwicklungshilfe betonen.

Konflikten muss vorgebeugt werden, um Entwicklung und Gerechtigkeit Platz zu machen.

Die Tragödien auf dem Balkan und das Unvermögen der EU, rechtzeitig zu agieren, weisen deutlich auf die Notwendigkeit früher Einsätze hin, um einen Kriegsausbruch zu verhindern. Dies ist auch die Grundlage für die schwedisch-finnische Initiative, die das Krisenmanagement zu einer Aufgabe der EU gemacht hat.

Die Strukturen für das Krisenmanagement der EU wurden auf dem Ratsgipfel von Nizza festgelegt. Jetzt ist es an Schweden, diese Arbeit weiterzuführen und der Union eine Grundlage für Konfliktprävention und Krisenmanagement zu geben. Die Kapazität der EU kann ein wichtiger Beitrag für den Frieden und die Wahrung des Völkerrechts werden.

Die Ausgangspunkte unserer Arbeit sind unter anderem folgende:

Die EU hat ein großes Potenzial zur Konfliktprävention. Wir wollen dieses Potenzial ausbauen. Mit seinem breiten Ansatz und seiner Vorgeschichte als Friedensprojekt kann die EU eine wichtige Rolle zur Vorbeugung bewaffneter Konflikte auch auf globaler Ebene spielen. Deshalb streben wir an, dass auf dem Ratsgipfel in Göteborg ein Programm mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der EU bei der Konfliktprävention verabschiedet wird.

Nur wenige Krisenmanagement-Maßnahmen sind ausschließlich militärischer Art. Deshalb haben wir bei Konfliktprävention sowie bei zivilem und militärischem Krisenmanagement einen integrierten Ansatz gewählt. Hierbei sollte auch für Koordinierung der Entwicklungshilfe in allen ihren Schritten gewirkt werden.

Zum Agieren bedarf es Instrumenten. Jedes Land meldet seine zivilen und militärischen Beiträge einem gemeinsamen Register. Dies dient der Identifizierung von Ressourcen, die im Krisenfall rasch zum Einsatz kommen können. Die militärischen Ressourcen wurden vergangenen Herbst gemeldet. Schweden leitet nun die entsprechende Arbeit für den zivilen Bereich. Schweden trägt ferner die Verantwortung für die Entwicklung von Zusammenarbeitsformen zwischen der EU und der NATO.

Große Kriseneinsätze werden in der Zukunft wahrscheinlich von der gesamten internationalen Gemeinschaft getragen. Die VN und ihr Sicherheitsrat tragen die übergreifende Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Das Krisenmanagement der EU soll in Übereinstimmung mit der Satzung der VN erfolgen und bei Einsätzen der VN und der OSZE Anwendung finden. Schweden tritt für ein eng an die VN angelehntes Krisenmanagement der EU ein. Friedensschaffende Maßnahmen erfordern einen Beschluss des Sicherheitsrats der VN.

Der Beschluss über einen Einsatz unter Leitung der EU muss von allen Mitgliedstaaten einstimmig gefasst werden. Jedes Land kann selbst über seine Teilnahme daran beschließen.

Es sollte auch deutlich dargelegt werden, was nicht zum Krisenmanagement der EU gehört:

Es bedeutet keine gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen oder die Einrichtung einer Europaarmee. Die EU ist keine Verteidigungsunion. Sie ist auch keine geschlossene Gesellschaft. Die Zusammenarbeit steht auch einer Beteiligung durch Drittstaaten offen.

Der Frieden muss durch Abrüstung und Waffenausfuhrkontrollen gewahrt werden.

Schweden und die EU setzen sich ein für die Verhinderung der Verbreitung von Waffen ohne Kontrolle, beispielsweise durch illegalen Handel. Wir wollen, dass die im Sommer stattfindende VN-Konferenz über Leichtwaffen einen Aktionsplan verabschiedet, der Ausfuhrkontrolle, internationale Zusammenarbeit und besondere Hilfe an betroffene Länder vorrangig behandelt.

Die Regierung wird die atomare Abrüstung weiter vorantreiben. Wir werden darüber wachen, dass die auf der Konferenz über die Nichtverbreitung atomarer Waffen eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden. Ein Teilziel ist das Inkrafttreten des Atomteststopp-Vertrags. Ein weiteres Teilziel ist die Ausarbeitung eines Vertrags, der die Herstellung von spaltbarem Material für atomare Zwecke verbietet. Ein drittes Ziel ist die Förderung der Abrüstung taktischer atomarer Waffen. Wir setzen auch die Arbeit in der "Initiative Neue Agenda" fort, damit die Staaten mit atomaren Waffen und die übrige internationale Gemeinschaft die 13 Schritte zur Abrüstung unternehmen, auf die wir uns alle geeinigt haben.

Wir fordern die USA auf, beim Aufbau einer nationalen Verteidigung mit atomaren Sprengköpfen deren Auswirkungen auf die Abrüstungs- und Nichtverbreitungsarbeit zu überprüfen und von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Der Einsatz gegen biologische Waffen muss weitergeführt werden. In diesem Jahr streben wir eine effizientere Gestaltung des Abkommens mittels eines Kontrollmechanismus an.

Ein weiterer bedeutender Beitrag zur Friedensarbeit ist die verstärkte Kontrolle des Handels mit Kriegsmaterial, ebenso wie des Handels mit der für Massenvernichtungswaffen notwendigen Technologie. Schweden führt auf diesem Gebiet eine stringente Politik und tritt auf internationaler Ebene für eine gleichartige Politik ein.

Frau Präsidentin!

Die schwedische Sicherheitspolitik lässt sich seit 1992 mit folgenden Worten zusammenfassen: "Schwedens militärische Bündnisfreiheit mit dem Ziel, dass unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen."

Diese Formulierung sollte nun unserer Meinung nach überprüft werden. Deshalb haben wir alle im Reichstag vertretenen Parteien zu Beratungen über dieses Thema aufgefordert. Unser Bestreben ist die Schaffung einer breiten Einigkeit und einer auf allen Ebenen geführten Debatte mit dem Ziel, eine bessere Beschreibung unserer sicherheitspolitischen Linie zu erhalten.

Die Absicht ist keineswegs, von der militärischen Bündnisfreiheit abzurücken.

Die militärische Bündnisfreiheit ist wertvoll für Schweden und wird von breiten Teilen der schwedischen Bevölkerung getragen. Sie räumt uns Handlungsspielraum ein. Sie trägt zum Abbau des Risikos von Konflikten und Spannungen in unserem Teil Europas bei. Sie ermöglicht uns, den Einsatz für die atomare Abrüstung weiter voranzutreiben.

All dies bildet die Grundlage für unsere sicherheitspolitische Wahl. Wir sehen mit Interesse den Beratungen entgegen, die hoffentlich bereits in diesem Monat eingeleitet werden.

Die Rolle der Vereinten Nationen wird in Zeiten der Globalisierung größer.

Die Stärke der VN liegt in ihrer einzigartigen Vielseitigkeit, sowohl in Bezug auf ihre Mitglieder als auch auf ihre Tätigkeitsbereiche. Schweden wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Arbeit der VN zu modernisieren und effizienter zu gestalten.

Die Fähigkeit der VN in den Bereichen Frieden und Sicherheit muss gestärkt werden. Wir müssen aus den Ereignissen in Ruanda und Srebrenica lernen. Das wird auch im so genannten Brahimi-Bericht getan. In diesem Bericht wird die Koordinierung der Mitgliedstaaten gefordert zur raschen Bereitstellung von friedenserhaltenden Truppen an die VN. Der Bericht zeigt auch die Notwendigkeit der Anpassung der VN an die heutigen komplizierten Einsätze im Kosovo und auf Osttimor.

Schweden stützt die im Bericht gemachten Vorschläge und setzt sich für ihre rasche Umsetzung ein. Die engere Zusammenarbeit von EU und VN kann einen wichtigen Beitrag zu mehr Koordinierung in den Bereichen Friedenserhaltung und Entwicklungshilfe darstellen.

Ein weiterer Bereich unter Diskussion und Entwicklung sind Sanktionen. Effiziente, gezielte Sanktionen sollen die Machthaber treffen, ohne dabei die Zivilbevölkerung zu beeinträchtigen. Aber die Durchführung solcher Sanktionen hat sich als schwierig erwiesen. Schweden beabsichtigt, später im Laufe des Jahres die Koordinierung eines internationalen Projekts über gezielte Sanktionen unter Beteiligung einer Vielzahl von Ländern, dem Sekretariat der VN, Forschern und Einzelorganisationen zu übernehmen.

Die OSZE spielt eine wichtige Rolle für die Sicherheit Europas dank ihrer gut entwickelten Feldtätigkeit, ihres besonderen Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und ihrer normativen Arbeit. Ein wichtiger Grundsatz der OSZE lautet, dass jedes Land das Recht hat, selbst seine sicherheitspolitische Linie zu wählen. Als Vorsitzender der EU wollen wir die Zusammenarbeit mit der OSZE im zivilen Krisenmanagement und bei der Konfliktprävention weiterentwickeln. Dabei ist daran gedacht, dass es möglich sein sollte, die Ressourcen der EU für OSZE-Einsätze zu verwenden.

Frau Präsidentin!

Die Außenpolitik Schwedens weist durch ihre nordische, ihre europäische und ihre globale Identität eine dreifache Stärke auf. Unser Ziel ist die ständige Weiterentwicklung jeder dieser drei Identitäten und die Stärkung ihres Zusammenspiels.

Wir treten weiterhin für eine Stärkung und Vertiefung der nordischen Integration ein, indem wir unter anderem weitere Grenzhindernisse reduzieren und beseitigen.

Die Fortsetzung der Zusammenarbeit im Ostseeraum ist wichtig. Die Kombination von neuen Marktwirtschaften und gereiften Sozialstaaten hat zu einer starken Ausgangsbasis für Entwicklung und einer der am schnellsten wachsenden Regionen Europas geführt. Ziel der Ostseepolitik Schwedens ist die Unterstützung von nachhaltiger Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und vertiefter Demokratie. Die

Ostseepolitik soll ferner die Position der schwedischen Unternehmen in der Region stärken und die Kontakte zwischen den Menschen und Organisationen fördern.

Das gleiche streben wir auch im Rahmen des Euro-arktischen Barentssee-Rats an, dessen Vorsitz wir im März übernehmen.

Schweden setzt sich weiterhin dafür ein, die Integration Estlands, Lettlands und Litauens in den Nahbereich zu fördern. Gleiches gilt für Polen. Parallel dazu konzentrieren wir uns immer stärker auf die bilaterale Zusammenarbeit mit Russland und der Ukraine. Im Frühjahr werden wir eine Vorlage für die weitere Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa einbringen.

Wir streben eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland auf allen Bereichen und Ebenen an. Bei der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland, die größtenteils auf der Arbeit im Rahmen der nördlichen Dimension basiert, wollen wir den politischen Dialog stärken und in den Bereichen Krisenprävention, Krisenmanagement, Abrüstung und Nichtverbreitung eine Zusammenarbeit einleiten. Wir wollen auch insbesondere die Umwelt, die atomare Sicherheit und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität hervorheben. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass Russland längerfristig voll und ganz in den Welthandel integriert wird.

Doch wir müssen auch reagieren, wenn die Entwicklung Anlass zu Unruhe gibt. Der Tschetschenien-Konflikt muss beendet werden. Dazu bedarf es einer politischen Lösung. Dazu bedarf es ferner, Übergriffe zu untersuchen und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Die transatlantische Verbindung und eine fortgesetzte Beteiligung Amerikas am Geschehen in Europa und in unserem Nahbereich sind für die Sicherheit Schwedens, aber auch für Europa von großer Bedeutung.

Schweden will als Vorsitzender der EU die Beziehungen zur USA und zu Kanada stärken. Die transatlantische Zusammenarbeit fußt auf einer großen Wertgemeinschaft und zeichnet für weltweit den stärksten Handels- und Investitionsfluss verantwortlich. Der im Frühjahr stattfindende Gipfel der EU und der USA bzw. Kanada sollte zur Vertiefung der Zusammenarbeit genutzt werden.

Der Friedensprozess im Nahen Osten befindet sich in einer neuen Phase seitdem Ariel Sharon gestern in Israel zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Von der Seite Schwedens und der EU gehen wir davon aus, dass die Friedensbemühungen fortgesetzt werden. In einer Erklärung stellen wir fest, dass die Union bereit ist, den Friedensprozess weiterhin zu unterstützen.

Die Verhandlungen müssen so bald wie möglich wieder aufgenommen werden. Wenn dies geschieht ist es von zentraler Bedeutung, dass die Parteien von den bereits getroffenen Abkommen und erzielten Ergebnisse ausgehen.

Ein Friedensabkommen muss auf das Völkerrecht bauen einschließlich die einschlägigen Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338, das Prinzip Land für Frieden und das Verbot, Land mit Gewalt zu erobern. Es muss auch die Errichtung eines

demokratischen, lebenskräftigen und friedlichen palästinensischen Staates umfassen.

Das Schlussergebnis muss ein gerechter und nachhaltiger Frieden sein. Ein Frieden, der sichere und anerkannte Grenzen für alle Staaten der Region bedeutet, und der das Verhältnis zwischen diesen normalisiert.

Kurzfristig müssen die Parteien alles tun um Gewalttaten zu verhindern, die riskieren, die spröde Situation in der Region zu verschlechtern. Schweden und die EU werden auch weiterhin Israels Ansiedlungspolitik genauestens verfolgen.

Der Balkan nimmt weiterhin einen vorrangigen Platz ein. Frieden und Demokratie werden gefestigt, doch wir müssen auf Rückschläge gefasst sein. Komplizierte Fragen über die föderale Struktur Jugoslawiens warten noch auf ihre Lösung, ebenso wie die Frage der zukünftigen Stellung des Kosovo und Montenegros. Die Behandlung von Minderheiten muss besser werden und Flüchtlingen muss die Möglichkeit einer Rückkehr eingeräumt werden.

Das schwedische Engagement auf dem Balkan wird weiterhin bedeutend sein. Das schwedische Bataillon und schwedische Polizisten im Kosovo sind konkrete Beispiele hierfür.

Die fortgesetzte Gewalt in Kolumbien gibt Anlass zu großer Besorgnis. Als Vorsitzender wollen wir die Bemühungen der EU zur Schaffung eines dauerhaften Friedens verstärken. Wir bauen auch den Beitrag Schwedens zum Friedensprozess aus, unter anderem durch eine erweiterte entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo bedeutet eine Bedrohung für den Frieden und die Entwicklung in der gesamten Region, und stellt gegenwärtig die tiefste Krise Afrikas dar. Schweden setzt sich dafür ein, dass die Parteien das Friedensabkommen von 1999 befolgen.

Schweden wird im Frühjahr konkrete Vorschläge vorlegen, wie die EU langfristig die Möglichkeiten Afrikas zur Vorbeugung und Beilegung bewaffneter Konflikte stärken kann. Als ein Schritt in dieser Richtung fand im vergangenen Dezember in Stockholm eine informelle Sitzung der nordischen und afrikanischen Außenminister statt.

Die Entwicklung auf der Halbinsel Korea ist sehr erfreulich. Schweden setzt große Hoffnung auf eine Annäherung von Nord- und Südkorea. Wir hoffen auch auf ein Ergebnis des zwischen dem Regime und der Opposition in Birma geführten Dialogs – ein Ergebnis, das die Wiedereinführung der Demokratie und die Beendigung der jahrelangen Unterdrückung beinhaltet.

Frau Präsidentin!

In China kommen Regimekritiker ins Gefängnis. Im Iran werden Gerichte für politische Zwecke missbraucht. In vielen Teilen Afrikas, zuletzt in Tansania, begegnet man Unzufriedenheit der Bevölkerung und Demonstrationen mit brutaler Gewalt.

Täglich werden zahllose Verstöße gegen die Menschenrechte begangen.

Doch gleichzeitig wird es immer schwieriger für die Verantwortlichen, ihre Gewalttaten zu verbergen. Im Zeitalter der Internationalisierung schrumpft die Welt zusammen und immer mehr Augen sehen das Unrecht das geschieht.

Die Globalisierung eröffnet auch Möglichkeiten zur Einflussnahme und zur Verbreitung der Botschaft über die gleiche Würde und die gleichen Rechte aller Menschen.

Wir wollen uns mit unserer Außenpolitik und unserer EU-Präsidentschaft für eine gerechte Globalisierung, für ein Europa der Bürger und für eine gute Entwicklung in unserem Nahbereich einsetzen.

Wir wollen dies auf der Grundlage einer demokratischen Wertgemeinschaft, durch Vielfalt und einen breiten Dialog tun.

Wir wollen dies in Nyköping, in Brüssel und auch in den ländlichen Gebieten in Lateinamerika durchführen.

Die Würde des Menschen zählt überall gleich.